



Regionalkonzept Südkaucasus 2006–2008

Armenien, Aserbaidshan, Georgien

**Impressum:**

Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten
Österreichische Entwicklungs- und Ostzusammenarbeit
Minoritenplatz 8, 1014 Wien, Österreich
Tel.: +43 (0)501150-4454
Fax: +43 (0)501159-4454
abtvii4@bmaa.gv.at
www.aussenministerium.at/oeza

Das Landesprogramm wurde erstellt von:

- Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten, Sektion Entwicklungs- und Ostzusammenarbeit
- Austrian Development Agency

Wien, Juni 2006

Bestellung:
Informationsbüro der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit
Austrian Development Agency, Zelinkagasse 2, 1010 Wien, Österreich
oeza.info@ada.gv.at
www.ada.gv.at

Titelbild: © Nathan Bolster/CARE



Inhaltsverzeichnis

Vorwort.....	2
Zusammenfassung.....	3
1. Hintergrund	4
2. Bisherige österreichische Kooperation.....	5
3. Herausforderungen und Potenziale.....	5
4. Programmatischer Rahmen	7
5. Regionalkonzept 2006 bis 2008	9
5.1 Oberziel	9
5.2 Programmziel.....	9
5.3 Geografischer Schwerpunkt.....	9
5.4 Thematische Schwerpunkte.....	9
5.4.1 <i>Stärkung lokaler Organisationen</i>	9
5.4.2 <i>Stärkung der Justiz- und Sicherheitssysteme</i>	10
5.4.3 <i>Capacity Building im Bereich Journalismus</i>	10
5.5 Strategische Ausrichtung der Umsetzung.....	10
6. Umsetzung.....	12

Vorwort

Das vorliegende Regionalkonzept stellt die programmatische Grundlage für die Unterstützung der Region Südkaukasus aus Mitteln des Österreichischen Entwicklungs- und Ostzusammenarbeit – OEZA (Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten, Sektion VII/Austrian Development Agency – ADA) in den kommenden Jahren dar. Es dient weiters als Grundlage für die Bereitstellung anderer bi- und multilateraler Beiträge des Bundesministeriums für auswärtige Angelegenheiten im Schnittstellenbereich zwischen Außen- und Entwicklungspolitik.

Die Sicherung des Friedens und der menschlichen Sicherheit ist als eines der drei Hauptziele der OEZA im EZA-Gesetz festgelegt. In der Region Südkaukasus, die von einer Reihe ungelöster territorialer Konflikte geprägt ist, welche die weitere politische, wirtschaftliche und soziale Stabilisierung der Region erschweren bzw. verunmöglichen, tritt dieses Anliegen an erste Stelle der Bemühungen der OEZA. In Fortsetzung ihrer bisherigen Aktivitäten setzt die OEZA auf die Förderung von Vertrauensbildung und Dialog in der Region.

Der Südkaukasus ist keine Schwerpunktregion der OEZA. Umso wichtiger ist es, die knappen Mittel gezielt einzusetzen. Diesem Ziel dient das vorliegende Konzept.

Dr. Ursula Plassnik
Bundesministerin für auswärtige Angelegenheiten

Zusammenfassung

Die Region Südkaukasus befindet sich geografisch einerseits zwischen dem Schwarzen und dem Kaspischen Meer, andererseits zwischen Russland, der Türkei und dem Iran und umfasst die Staaten Armenien, Aserbaidschan und Georgien, mit einer Gesamtbevölkerung von 17,6 Mio. EinwohnerInnen (Stand: Ende 2005). Die drei Staaten erlangten mit dem Zerfall der Sowjetunion 1991 ihre Unabhängigkeit. Das Ende der Planwirtschaft und der Handelsbeziehungen zu den Republiken der früheren Sowjetunion führten zu einer drastischen Verschlechterung der wirtschaftlichen und sozialen Situation. Darüber hinaus ist der Südkaukasus als Europas ethnisch und sprachlich vielgestaltigste Region von einer Vielzahl von ungelösten territorialen Konflikten geprägt. Erschwerend hinzu kommt eine große Zahl kriegs- und konfliktbedingter Flüchtlinge und intern Vertriebener. Das Ringen um territoriale Integrität, die Lösung der Minderheiten- und Autonomiefragen, die Bewältigung der schwierigen wirtschaftlichen und sozialen Probleme sowie die Festigung demokratischer Strukturen stellen für die Länder des Südkaukasus die zentralen Herausforderungen dar.

Mit dem vorliegenden Konzept legt die Österreichische Entwicklungs- und Ostzusammenarbeit (OEZA) die Grundausrichtung und die Schwerpunkte ihrer künftigen Zusammenarbeit mit den Staaten des Südkaukasus in den Jahren 2006–2008 im Einklang mit der EU Nachbarschaftspolitik fest.

Im Südkaukasus wird die OEZA künftig einen klaren regionalen Ansatz verfolgen, der der Notwendigkeit regionaler Problemlösungen Rechnung trägt. Ziel der OEZA ist die Förderung von Vertrauensbildung und Dialog, sei es auf Ebene der Zivilgesellschaft, sei es auf Ebene regionaler zwischenstaatlicher Kooperation.

Die Schwerpunkte der Zusammenarbeit werden die Unterstützung lokaler Organisationen, die im Bereich Konfliktprävention und Konfliktmanagement tätig sind, und die Stärkung der Sicherheits- und Justizsysteme sein. Besondere Aufmerksamkeit möchte die OEZA dabei den Zielgruppen Jugend, Frauen und JournalistInnen widmen. Die Umsetzung des Konzepts soll vorrangig über multilaterale Partner und zivilgesellschaftliche Organisationen erfolgen. Wo sinnvoll und möglich, soll auf österreichische Expertise zurückgegriffen werden und so zur Vertiefung der Beziehungen zwischen Österreich und den Ländern des Südkaukasus beigetragen werden.



1. Hintergrund

Geschichte

Bis ins 18. Jahrhundert stand die Region Südkaukasus u. a. unter arabischer, persischer und türkisch-osmanischer Herrschaft. Mit dem Vorrücken des zaristischen Russlands von Norden wurden die heutigen Staatsgebiete von Armenien, Georgien und Aserbaidschan im 19. Jahrhundert zum Zankapfel zwischen Russland, dem Osmanischen Reich und Persien und wiederholt neu aufgeteilt. Die vom Zarenreich forcierte Politik der Russifizierung führte im Südkaukasus sehr bald zu Aufständen und leistete erst damit der Heranbildung nationaler Identität Vorschub. Die relative politische Stabilität in dieser Zeit brachte wirtschaftlichen Aufschwung und kulturelle Modernisierung.

1918 proklamierten sich Armenien, Aserbaidschan und Georgien als unabhängige Republiken, denen die Rote Armee jedoch um 1920 ein Ende setzte. Die bis zum Zerfall der UdSSR gültige territoriale Aufteilung wurde 1936 abgeschlossen und sah für sie letztendlich den Rang von Sozialistischen Sowjetrepubliken mit untergeordneten Autonomieeinheiten vor. Unter sowjetischer Herrschaft profitierte die Region vom Ausbau und der Entwicklung ihrer natürlichen Ressourcen (Erdöl, Wasserkraft, Metalle, Edelsteine, Baumwolle und landwirtschaftliche Produkte wie Wein, Zitrusfrüchte und Nüsse).

Mit Erlangung der Unabhängigkeit 1991 kam es zum Ausbruch politischer und territorialer Konflikte innerhalb Georgiens sowie zwischen Armenien und Aserbaidschan, die bis heute nicht gelöst werden konnten. Diese so genannten *frozen conflicts* um Abchasien, Berg Karabach und Südossetien erschweren bzw. verunmöglichen eine langfristige politische, wirtschaftliche und soziale Stabilisierung der Region.

Zahlen und Fakten

	Armenien	Aserbaidschan	Georgien
Staats- und Regierungsform	Präsidialrepublik seit 1991	Präsidialrepublik seit 1995	Präsidialrepublik seit 1995
Bevölkerung	3,8 Mio., davon 93,2 % ArmenierInnen, 1,7 % KurdInnen, 1,6 % RussInnen, 0,8 % sonstige	8,3 Mio., davon 85,4 % AserbaidschanerInnen, 4 % RussInnen, 2 % ArmenierInnen; TatarInnen, LesgierInnen u. a.	5,3 Mio., davon 71,7 % GeorgierInnen, 8 % ArmenierInnen, 5,6 % AserbaidschanerInnen, 5,5 % RussInnen, weiters OssetInnen, GriechInnen, AbchasInnen, UkrainerInnen, KurdInnen
Fläche	29.800 km ²	86.600 km ²	69.700 km ²
Hauptstadt	Jerewan; 1,248 Mio. Ew.	Baku; 1,8 Mio. Ew.	Tbilisi; 1,08 Mio. Ew.
Amtssprache	Armenisch	Aserbaidschanisch	Georgisch
Religionen	Armenisch-apostolische Kirche, Minderheit von Russisch-Orthodoxen, ProtestantInnen	90% Muslime (65% SchiitInnen, 35% SunnitInnen); christliche Minderheiten	mehrheitlich Georgisch-Orthodoxe, armen.-apostol. Kirche, Muslime, Minderheit von JüdInnen
Aktuelle Wirtschaftsdaten			
BIP	3,5 Mrd. \$	8,5 Mrd \$	5,1 Mrd. \$
BIP pro Kopf	1.120 Euro	950 Euro	1040 Euro
Wirtschaftswachstum	10,1 %	11,2 %	8,5 %
Arbeitslosigkeit (offiziell)	30 %	1,2 %	17 %
Inflationsrate	2,4 %	12 %	8 %
unter der Armutsgrenze lebende Bevölkerung	43 %	49 %	54 %

2. Bisherige österreichische Kooperation

Bisher unterstützte die OEZA im Südkaukasus einzelne Maßnahmen in den Bereichen humanitäre Hilfe, Bildung, Konfliktmanagement und öffentliche Verwaltung. Im Gefolge des Erdbebens 1988 engagierte sich Österreich in großem Ausmaß in Armenien. Ein Österreich-Dorf mit Spital und Schule wurde errichtet, die OEZA beteiligte sich am Spitalsbau. Das Spital wird von Teilen der österreichischen Zivilgesellschaft weiter finanziell unterstützt.

Bisheriges Engagement

2000–2001 unterstützte die OEZA den politischen Schwerpunkt des österreichischen OSZE-Vorsitzes – Südkaukasus – mit einer größeren Anzahl von Projekten. Unter anderen wurde eine Schule bzw. ein Heim für Flüchtlingskinder in Aserbaidschan gefördert. An Universitäten in allen drei Staaten wurden der Aufbau von Lehrstühlen und die Entwicklung von Lehrplänen unterstützt. Im Bereich des Konfliktmanagements wurde in Projekten in Zusammenarbeit mit dem österreichischen Friedenszentrum Schlaining der georgisch-abchasische wie auch der gesamt-südkaukasische Friedensdialog gefördert. Daneben bestehen zahlreiche kleinere Verwaltungskooperationen zwischen Österreich und dem Südkaukasus zur Förderung der lokalen Selbstverwaltung. Das Hilfswerk Austria führte das bisher größte EU TACIS Projekt zum Wiederaufbau von Süd-Ossetien durch.

Neue Projekte umfassen die 2005 begonnene Unterstützung der Einrichtung eines Zivildienstes in Georgien (EU Twinning Projekt), die österreichische Leitung des EU Zollorganisationsprojekts in Georgien und ein regionales Projekt von UNODC (United Nations Office on Drugs and Crime) zur Schaffung rechtlicher Instrumente zum Schutz vor Terrorismus im Südkaukasus.

3. Herausforderungen und Potenziale

Der Südkaukasus wurde von Sowjetrußland um 1920 erobert und in der Folge in den sowjetischen Staatsverband eingegliedert. Das mehrheitlich von ArmenierInnen bewohnte Berg Karabach wurde der Aserbaidschanischen SSR, ohne direkte Verbindung zu Armenien, zugeschlagen. Das an Armenien grenzende und mehrheitlich von AserbaidschanerInnen bewohnte Nachitschewan hat keine direkte Verbindung zu Aserbaidschan, bildet eine Exklave und hat den Status einer autonomen Republik. Georgien erhielt im Rahmen der Eingliederung in den sowjetischen Staatsverband drei territoriale Autonomien unterschiedlicher Ausprägung: Abchasien, Adscharien und Süd-Ossetien. Während Abchasien als Geschenk Stalins Georgien inkorporiert wurde, wurde Adscharien aufgrund religiöser Merkmale – mehrheitlich moslemisch – als Autonome Republik konstituiert. Süd-Ossetien, das an das in der Russischen Föderation gelegene Nord-Ossetien grenzt, wird von Georgien als künstlich geschaffen bezeichnet.

Geschichtliches Erbe

Georgien sah sich in den 1990er Jahren den stärksten Zersetzungsbestrebungen innerhalb der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) ausgesetzt. Zwar konnte Adscharien kurz nach dem Amtsantritt von Präsident Saakaschwili wieder eingegliedert werden, doch entziehen sich Abchasien und Süd-Ossetien weiterhin der georgischen Kontrolle. In beiden Territorialeinheiten sind russische Friedenstruppen stationiert, mehr als 80 % der Bevölkerung besitzen mittlerweile russische Pässe. Georgien legte in den letzten Jahren wiederholt Friedenspläne für Süd-Ossetien vor, die bis zum OSZE-Ministerrat im Dezember 2005 von der Gegenseite aber immer umgehend abgelehnt wurden. Durch die Annahme einer Erklärung beim OSZE-Ministerrat 2005 kam neue Bewegung in die Gespräche. Süd-Ossetien legte einen Friedensplan vor, der in vielen Punkten dem georgischen entspricht. Eine Einigung über die weitere Vorgehensweise konnte jedoch noch nicht gefunden werden.

Frozen conflicts



Das Abchasienproblem dürfte im Vergleich zu Süd-Ossetien weitaus schwieriger zu lösen sein. Abchasien besteht auf Unabhängigkeit von Georgien, die abchasische Bevölkerung hält Reisepässe der Russischen Föderation. Mitunter wird Süd-Ossetien als Tauschobjekt für Abchasien gesehen. Eine mögliche Süd-Ossetienlösung kann von der Russischen Föderation, welche die abtrünnigen Territorialeinheiten Georgiens gegen die georgische Zentralmacht unterstützt, für ein unwiederbringliches Ausscheiden Abchasiens aus dem georgischen Staatsverband genutzt werden.

Das Verhältnis Armenien-Aserbaidschan wird durch den Konflikt um Berg Karabach belastet. Berg Karabach ist eine mehrheitlich von ArmenierInnen besiedelte Enklave in Aserbaidschan. Ein blutiger Bürgerkrieg endete 1994 mit 30.000 Toten und einem fragilen Waffenstillstand. Vor allem die große Anzahl an internen Vertriebenen stellt für die zwei Staaten eine große permanente Belastung dar. Im Jahr 2005 gab es durchwegs positive Entwicklungen, die aber durch die Parlamentswahlen in Aserbaidschan (6. November) und das Referendum über eine Verfassungsänderung in Armenien (27. November) unterbrochen wurden. Während des russischen G8-Vorsitzes 2006 könnte es weitere Fortschritte geben.

Der politische Transformationsprozess in Richtung Demokratisierung und Rechtsstaatlichkeit verläuft in den Republiken des Südkaukasus nur langsam. Die durchgeführten Wahlen entsprachen nicht internationalen Standards. Alte Kader der kommunistischen Parteien übernahmen die Macht und verfolgten einen autoritären Kurs. In Georgien führten Unzufriedenheit und Protest gegen die gefälschten Parlamentswahlen im November 2003 zum Rücktritt von Präsident Schewardnadse und zur Wahl des Anführers der „Rosenrevolution“ Saakaschwili. Die letzten Wahlen in Armenien und Aserbaidschan brachten zwar gewisse demokratiepolitische Fortschritte, doch entsprachen sie weiterhin nicht international anerkannten Standards.

Schwierigkeiten beim Aufbau von Rechtsstaatlichkeit und Demokratie

Die Situation in den einzelnen Ländern ist gekennzeichnet durch schwach ausgeprägte staatliche Strukturen und Defizite im Bereich der Rechtsstaatlichkeit. Hohe Kriminalität und Korruption sind die Folgen; laut dem internationalen „Transparency Index“ liegt Armenien dabei auf Rang 88, Aserbaidschan auf Rang 137 und Georgien auf Rang 130.

Durch den Zusammenbruch des einheitlichen Wirtschaftsraums mussten alle drei Staaten in den 1990er Jahren massive Rückgänge in der Wirtschaftsleistung hinnehmen. Die wirtschaftliche Lage hat sich auch nach fast 15 Jahren Unabhängigkeit nur unwesentlich erholt. Durch die Eröffnung der Baku-Tbilisi-Ceyhan Pipeline kann Aserbaidschan mit hohen Einnahmen aus dem Ölgeschäft für die Zukunft rechnen; auch Georgien wird als Transitland von den zu erwartenden Gebühren profitieren. Die weiterhin geschlossenen Grenzen zwischen Armenien und der Türkei bzw. Aserbaidschan bedeuten jedoch eine starke Einschränkung des wirtschaftlichen Potenzials der gesamten Region. Die Infrastruktur der Staaten verfiel nach dem Zusammenbruch der UdSSR zunehmend. Diese Entwicklung wurde durch die bestehenden Konflikte zusätzlich verschärft. Der Transformationsprozess Richtung Marktwirtschaft steht vielfach erst am Beginn. Bei der Beurteilung der wirtschaftlichen Freiheiten liegen die Staaten der Region zumeist auf den hinteren Plätzen. Eine hohe Belastung stellt die große Schattenwirtschaft dar. Wirtschaftliche Zuwächse gehen nicht mit der Schaffung neuer Arbeitsplätze einher (*jobless growth*), die tatsächliche Arbeitslosigkeit in der Region ist hoch.

Armut und wirtschaftliche Stagnation

Der Zusammenbruch der Wirtschaftssysteme führte zu einem Zusammenbruch der sozialen Sicherungssysteme. Ein großer Teil der Bevölkerung lebt derzeit unter der Armutsgrenze (im Durchschnitt mehr als 40 % der Bevölkerung der Region). Entgegen dem allgemeinen Trend abnehmender Armut in den Transformations-

Abwanderung



ländern hat sich die Situation in Georgien in den letzten Jahren sogar noch verschlechtert (Armutrate 50 %). Besonders gefährdet sind die ältere Generation und andere verwundbare Teile der Bevölkerung wie Minderheiten.

Durch die Konflikte, die schlechte wirtschaftliche Situation und die bescheidenen Zukunftsaussichten verließen viele Menschen die Region. Dies gilt vor allem für Armenien. Rechnete man in Armenien nach der Erlangung der Unabhängigkeit mit einer breiten Rückkehr der Diaspora, so verkehrte sich die Entwicklung aufgrund der oben angeführten Faktoren in das Gegenteil.

Armenien, Aserbaidschan und Georgien verbinden eine Geschichte von jahrhundertelanger friedlicher ethnischer Koexistenz und wirtschaftlicher und sozialer Interaktion, ein hoher Bildungsgrad, hervorragende Sprachkenntnisse und eine generell hohe Wertschätzung von Kultur.

Die wirtschaftlichen Potenziale der Region liegen in den natürlichen Ressourcen, und hier vor allem in den Öl- und Gasvorkommen. Es ist anzunehmen, dass die Region in ihrer Gesamtheit vom Ausbau der Pipelines zwischen Kaspischem Meer, Schwarzem Meer und dem Mittelmeer profitieren wird und dass dadurch auch die internationalen Beziehungen der Regionen gestärkt werden. Weiters könnte durch einen nachhaltigen und dezentralisierten Gebrauch von Wasser und Forstwirtschaft die Abhängigkeit von teuren Importen reduziert und wirtschaftliche Aktivitäten in weiter abgelegenen Regionen belebt werden.

Potenziale

Bedingt durch ein gutes Klima und fruchtbaren Boden stellt auch der Sektor Landwirtschaft ein wirtschaftliches Potenzial dar. Aufgrund der nach wie vor vorhandenen Unterversorgung mit Konsumgütern wird der Handel weiter zunehmen und ein wichtiger Sektor bleiben, vor allem in den Beziehungen mit der Türkei und Russland.

4. Programmatischer Rahmen

Das vorliegende Konzept ist den Zielen und Prinzipien der OEZA, wie sie im EZA-Gesetz i.d.g.F. von 2003 festgelegt sind, verpflichtet. Demnach sind die zentralen Ziele der OEZA in der Zusammenarbeit mit den Entwicklungs- und Transformationsländern Armutsminderung, Sicherung des Friedens und der menschlichen Sicherheit sowie Erhaltung der Umwelt. Spezifische Prinzipien sind unter anderem die Gleichstellung von Frauen und Männern und die Rücksichtnahme auf Bedürfnisse von Kindern und Menschen mit Behinderung.

EZA-Gesetz

Die seit 2003 entwickelte neue EU-Nachbarschaftspolitik trägt den geänderten Rahmenbedingungen in Folge der EU-Erweiterung um 10 neue Mitgliedsstaaten Rechnung. Den neuen EU-Nachbarn werden eine stärkere wirtschaftliche Integration und vertiefte politische Kooperation angeboten. Auf Basis von Country Reports – von Beurteilungen der Europäischen Kommission über die Fortschritte im Rahmen der Partnerschafts- und Kooperationsprogramme – werden derzeit Aktionspläne für die konkrete Ausgestaltung der Partnerschaft mit den einzelnen Ländern ausgearbeitet. Für Armenien, Aserbaidschan und Georgien liegen seit Ende 2005 entsprechende Entwürfe vor, die Annahme der Dokumente könnte noch 2006 erfolgen.

EU-Nachbarschaftspolitik

Die Politik der EU ist darauf ausgerichtet, die Länder des Südkaukasus bei der Durchführung politischer und wirtschaftlicher Reformen, aber auch bei Konfliktprävention und Konfliktlösung zu unterstützen, die Rückkehr von Flüchtlingen und Binnenflüchtlingen zu fördern, und konstruktive Beziehungen zu den wichtigsten nationalen Akteuren in der Nachbarregion zu unterhalten.



Außerdem soll die Zusammenarbeit zwischen den Staaten der Region gefördert und sollen die Koordinierung, die Kohärenz und die Effizienz der Aktion der EU im Südkaukasus sichergestellt werden.

Höhere Finanzmittel, die über das neue Nachbarschafts- und Partnerschaftsinstrument umgesetzt werden, ein Öffnen allgemeiner EU-Programme für den Südkaukasus, etwa in den Bereichen Kultur, Bildung und Umwelt, und die Mobilisierung von Know-how im Bereich der öffentlichen Verwaltung und Anpassung an EU-Standards (EU-Programme TWINNING, TAIEX) sind weitere Bestandteile der EU-Nachbarschaftspolitik. Seit Juli 2003 verfügt die EU über einen EU-Sonderbeauftragten für den Südkaukasus, der zur Verwirklichung der EU-Ziele beitragen soll.

Die Aussicht auf eine verstärkte Zusammenarbeit mit der Europäischen Union ist ein wichtiger Faktor im Vorantreiben der Reformbestrebungen. Die im Dezember 2005 aufgenommenen Verhandlungen über Aktionspläne im Rahmen der Europäischen Nachbarschaftspolitik stellen eine große Chance für die Region dar – sowohl in wirtschaftlicher und politischer Hinsicht, aber auch bei den Lösungsbemühungen der eingefrorenen Konflikte. Gleichzeitig stellt dieser Prozess jedoch auch eine große Herausforderung dar, dem die einzelnen Staaten zurzeit nur bedingt gewachsen sind.

Alle drei Staaten haben unter dem Titel „Programm zur wirtschaftlichen Entwicklung und Armutsbekämpfung“ nationale Strategien zur Armutsbekämpfung und zur Erreichung der Millennium Development Goals (MDGs) der Vereinten Nationen ausgearbeitet. Aserbaidschan legte sein „State Programme for Poverty Reduction and Economic Development“ im Mai 2003 vor, Armenien im November 2003, Georgien im Juni 2003.

PRSPs

Andere wichtige Referenzdokumente inkludieren die Millennium Declaration (2000) der VN und die Paris Declaration on Aid Effectiveness (Ownership, Harmonisation, Alignment, Results and Mutual Accountability; März 2005).

**andere
Referenzdokumente**

Im Interesse von Harmonisierung und komplementärer Ausrichtung der Geberaktivitäten berücksichtigt die OEZA die programmatische Ausrichtung anderer Geber im Südkaukasus. Zu den größten Gebern im Südkaukasus zählen die USA, Japan, Deutschland und die Niederlande. Prominent vertreten sind auch das Vereinigte Königreich, Schweiz, Schweden und Kanada. Auch Irland und eine Reihe der neuen Mitgliedsstaaten der EU betreiben Entwicklungszusammenarbeit mit dem Südkaukasus. Bei der Erarbeitung des Konzepts hat sich die OEZA intensiv mit den Programmen der Geberländer auseinander gesetzt. Ebenso wurden potenzielle multilaterale Anknüpfungspunkte recherchiert.

Aktivitäten anderer Geber



5. Regionalkonzept 2006 bis 2008

5.1 Oberziel

Basierend auf einer Analyse der sozialen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen und der bisherigen österreichischen Beziehungen und Erfahrungen der OEZA in der Region sowie unter Berücksichtigung der Vorgaben des EZA-Gesetzes und der Prinzipien der OEZA ist das Oberziel der künftigen österreichischen Zusammenarbeit mit dem Südkaukasus die langfristige Friedenssicherung in der Region.

**Langfristige
Friedenssicherung**

5.2 Programmziel

Die ungelösten territorialen Konflikte im Südkaukasus erschweren den Aufbau von fruchtbaren Beziehungen zwischen den einzelnen Staaten, aber auch zwischen ihren Bürgerinnen und Bürgern. Die Lösung der Konflikte ist Voraussetzung für Entwicklung und Wohlstand in der Region. Um einen Beitrag zur langfristigen Friedenssicherung zu leisten, setzt die OEZA auf die Förderung von Vertrauensbildung und Dialog. Ansatzpunkt sollen dabei alle Beziehungsebenen sein, das heißt die Beziehungen zwischen den Bürgerinnen und Bürgern, zwischen den BürgerInnen und den staatlichen Institutionen und zwischen den einzelnen Staaten.

**Vertrauensbildung und
Dialog fördern**

5.3 Geografischer Schwerpunkt

Die OEZA richtet ihr Konzept auf die Region Südkaukasus in ihrer Gesamtheit (Armenien, Aserbaidschan, Georgien) aus. Der regionale Ansatz trägt der Notwendigkeit regionaler Problemlösungen Rechnung. Aufgrund der komplexen historischen und ethnischen Situation haben Konflikte eines Staates in der überwiegenden Mehrzahl der Fälle Auswirkungen auf die ganze Region.

Regionaler Ansatz

Die OEZA fördert die grenzüberschreitende Kooperation wichtiger gesellschaftlicher Gruppen, Akteure und Entscheidungsträger im Südkaukasus und trägt damit zum gegenseitigen Verständnis und zur Erarbeitung gemeinsamer Lösungen bei.

5.4 Thematische Schwerpunkte

Aufgrund der sehr beschränkten Mittel ist zwecks Erhöhung der langfristigen Wirkung und Effektivität der österreichischen Kooperation eine Konzentration auf einige wenige Interventionsfelder, die sich möglichst gegenseitig ergänzen, notwendig. Eine wichtige Grundlage für die Auswahl stellen die OEZA-Leitlinien für Friedenssicherung und Konfliktprävention dar.

5.4.1 Stärkung lokaler Organisationen

Zivilgesellschaftliche Strukturen sind in den Transformationsländern des Ostens vielfach erst im Aufbau begriffen. Die Definition von Rolle und Funktion zivilgesellschaftlicher Organisationen für eine pluralistische, demokratische Gesellschaft ist Teil des politischen Transformationsprozesses, der auch in dieser Beziehung noch lange nicht abgeschlossen ist. Für eine regionale Zusammenarbeit fehlt es lokalen Organisationen oft an Strukturen, Kontakten und finanziellen Mitteln. Im Falle Armeniens und Aserbaidschans können Kontakte auf NGO-Ebene und anderen Ebenen derzeit nicht ohne Vermittlung stattfinden.

Zivilgesellschaft fördern

Gerade im Bereich der Konfliktprävention haben Organisationen der Zivilgesellschaft eine wichtige und zu den staatlichen Stellen komplementäre Rolle. Die OEZA fördert daher Maßnahmen zur Stärkung von lokalen Organisationen, die schwerpunktmäßig im Bereich Konfliktprävention und Friedenssicherung tätig sind.



Dieser Interventionsbereich umfasst auch Ausbildungsprogramme für Konfliktmanagement und die Förderung von Friedensprozessen unter Einbeziehung von Akteuren der Zivilgesellschaft.

Im Einzelfall können auch Maßnahmen anderer Organisationen der Zivilgesellschaft unterstützt werden, insofern diese auf regionale Kooperation und die Förderung von Vertrauensbildung und Dialog zwischen einzelnen ethnischen oder gesellschaftlichen Gruppierungen ausgerichtet sind.

5.4.2 Stärkung der Justiz- und Sicherheitssysteme

Effektive und demokratisch legitimierte und kontrollierte Justiz- und Sicherheitssysteme sind eine wichtige Voraussetzung für die Prävention und Aufarbeitung von Konflikten. Die OEZA unterstützt daher Maßnahmen zur Stärkung der Justiz- und Sicherheitssysteme in den Ländern des Südkaukasus. Auf die Förderung der regionalen Kooperation wird besonderer Wert gelegt.

Effektive und demokratisch legitimierte und kontrollierte Sicherheits- und Justizsysteme

Mögliche Interventionen umfassen die Unterstützung der Justiz- und Gesetzesreformen auf nationaler Ebene, die Förderung des Zugangs zu Rechtsinformation und Rechtsausbildung auf lokaler Ebene sowie die Förderung und Unterstützung der Sicherheitssektorreformen im Bereich der Stärkung guter Regierungsführung und demokratischer ziviler Kontrolle.

5.4.3 Capacity Building im Bereich Journalismus

Medien tragen bei der Berichterstattung in Konfliktregionen eine besondere Verantwortung. Objektive Berichterstattung, die kritisch hinterfragt, Missverständnisse thematisiert und Hintergründe aufdeckt, ist die Grundlage jeder Versöhnung. Darüber hinaus sind unabhängige Medien für den Aufbau pluralistisch-demokratischer Gesellschaften unabdingbar. Aus diesem Grund unterstützt die OEZA Vorhaben, die darauf abzielen, JournalistInnen eine professionelle Ausbildung zu ermöglichen oder die regionale Kooperation unabhängiger Medien zu fördern.

Objektive Berichterstattung stärken

5.5 Strategische Ausrichtung der Umsetzung

Bei der Umsetzung des Programmziels setzt die OEZA einen Schwerpunkt auf die Stärkung von drei gesellschaftlichen Kräften, die aus Sicht der OEZA einen besonderen Beitrag zur langfristigen Friedenssicherung leisten können und einer Stärkung ihrer gesellschaftlichen Position bedürfen: die junge Generation, Frauen und JournalistInnen. Die Jugend ist die Zukunft des Landes und der natürliche Träger der Modernisierung einer Gesellschaft. Jugendliche, die in ihrem Heimatland Entwicklungsmöglichkeiten und Perspektiven sehen, werden in verstärktem Maß an der Entwicklung und Erhaltung von demokratischen Rahmenbedingungen interessiert sein. Frauen spielen für eine nachhaltige friedvolle Entwicklung in jeder Gesellschaft eine Schlüsselrolle. Ihnen zu mehr Gehör, Rechten und Chancen zu verhelfen, ist deshalb auch zentrales Ziel der Österreichischen Entwicklungs- und Ostzusammenarbeit in der Region Südkaukasus. Unabhängige, professionelle Berichterstattung ist ein wichtiger Bestandteil gesellschaftlicher Dialogprozesse und stellt einen Grundpfeiler jedes demokratischen Systems dar.

Spezifische Zielgruppen - Jugend, Frauen und JournalistInnen

Die OEZA richtet ihr Konzept an den Entwicklungsstrategien der Länder der Region aus und leistet durch ihr Konzept einen Beitrag zur Umsetzung der außen- und entwicklungspolitischen Zielsetzungen der EU-Nachbarschaftspolitik. Soweit möglich, trägt die OEZA zu den Friedensbemühungen im Rahmen der internationalen Konfliktlösungsprozesse bei. Hier sind insbesondere die Bemühungen im VN-Rahmen (VN, Gruppe der Freunde des VN GS, UNOMIG) und die Bemühungen der OSZE um Lösungsmodelle für Berg Karabach und Süd-Ossetien zu nennen.

Harmonisierung und Anpassung



Der Aufbau und die Stärkung von Institutionen sowohl im staatlichen Bereich als auch in der zwischenstaatlichen und zivilgesellschaftlichen regionalen Kooperation ist ein wichtiges Anliegen der OEZA. Dem Aufbau lokaler Kapazitäten wird seitens der OEZA zentraler Stellenwert beigemessen. Alle Aktivitäten, die im Rahmen des Konzepts unterstützt werden, sollen daher auf die Stärkung von Kapazitäten ausgerichtet sein oder enthalten.

Stärkung von Kapazitäten & Gender und Umwelt-Mainstreaming

Die Integration gender- und umweltspezifischer Perspektiven soll durch ein durchgängiges Mainstreaming dieser beiden Aspekte auf allen Ebenen der Umsetzung gewährleistet werden.

Aufgrund sehr beschränkter Vor-Ort-Strukturen – die OEZA verfügt über kein Koordinationsbüro in der Region, die österreichische Botschafterin ist als *Roving Ambassador* tätig – arbeitet die OEZA in besonderem Maße mit vor Ort tätigen internationalen Organisationen zusammen. Dies gilt insbesondere für die Kooperation im Justiz- und Sicherheitsbereich. Im Bereich der Konfliktprävention und des Konfliktmanagements wird die OEZA mit internationalen, lokalen (regionalen) und österreichischen Nichtregierungsorganisationen, welche über Vor-Ort-Strukturen und spezifisches Know-how verfügen, zusammenarbeiten, um die lokalen zivilgesellschaftlichen Strukturen zu stärken.

Zusammenarbeit mit multilateralen Partnern und zivilgesellschaftlichen Organisationen

Weiters strebt die OEZA die Nutzung von Potenzial und Expertise anderer bilateraler und multilateraler Organisationen im Südkaukasus an.

Nutzung von Potenzial und Expertise

Zusätzlich wird, wo sinnvoll und möglich, auf österreichische Expertise zurückgegriffen. Dadurch sollen bestehende Beziehungen zwischen Österreich und den Ländern der Region ausgebaut sowie neue Partnerschaften gefördert werden.

Diesem Ziel dienen auch drei weitere Budgetlinien, die zusätzlich zur Budgetlinie Südkaukasus für die Länder der Region zur Verfügung stehen: Im Rahmen dieses für alle Zielländer der OEZA zur Verfügung stehenden Programms werden Kooperationsprojekte zwischen österreichischen NRO und lokalen NRO gefördert, Eigenmittel der NRO müssen dabei eingebracht werden. Zweimal jährlich findet ein Auswahlverfahren statt. Die aktuellen inhaltlichen Schwerpunkte für die Länder der Ostzusammenarbeit sind Konfliktprävention und Versöhnung, Menschenrechts-erziehung, Bekämpfung von Menschenhandel und Bekämpfung von HIV/AIDS.

NRO-Kofinanzierung

Die OEZA fördert weiters Kooperationen zwischen österreichischen und lokalen Institutionen der öffentlichen Verwaltung; der Schwerpunkt liegt dabei auf der kommunalen Ebene. Gefördert werden können etwa *Study Visits* von GemeindevertreterInnen und MitarbeiterInnen von Kommunalbetrieben in Österreich oder kleinere Seminare und Veranstaltungen, die dem Erfahrungsaustausch im Bereich der öffentlichen Verwaltung dienen.

Know-how-Transfer in der öffentlichen Verwaltung

Privater Wirtschaftstätigkeit kommt bei der Schaffung von Wohlstand für alle eine besonders wichtige Bedeutung zu. Die OEZA beabsichtigt daher, in Zukunft verstärkt mit dem privaten Sektor zu kooperieren und Synergien durch die gemeinsame Finanzierung von Projekten zu erzielen. Gefördert werden können öffentlich-private Kooperationen sowie Business-to-Business-Projekte (Joint Ventures, Outsourcing, Managementverträge etc.).

Entwicklungs- und Unternehmenspartnerschaften

Um die Kohärenz der österreichischen Initiativen im Bereich der Außen- und Entwicklungspolitik auf bilateraler und multilateraler Ebene sicherzustellen und einen optimalen Ressourceneinsatz zu erreichen, wurde das vorliegende Konzept aus Sicht einer gesamthaften österreichischen Außen- und Entwicklungspolitik im Südkaukasus erarbeitet. Das Konzept dient somit auch als Grundlage für die inhaltliche Ausrichtung multilateraler Beiträge der OEZA, der österreichischen OSZE-Beiträge sowie des neu zu schaffenden Instruments der „Kleinen

Kohärenz

Botschaftsprojekte“, mittels welchem das BMAA in Zukunft direkt kleine Entwicklungsprojekte fördern und bestehende bilaterale Kontakte ausbauen soll.

6. Umsetzung

Die Umsetzung des Regionalkonzepts erfolgt durch die Austrian Development Agency (ADA). Die durch ADA finanzierten Projekte werden ausschließlich über externe Projektträger implementiert. Im Falle des Südkaukasus geschieht die Implementierung vorrangig über multi- und bilaterale Akteure, deren Aktivitäten mit den gegenständlichen Vorgaben im Einklang stehen, sowie über zivilgesellschaftliche Organisationen, welche in der Lage sind, lokale zivilgesellschaftliche Strukturen im Südkaukasus zu stärken. NRO-Kofinanzierungsmittel werden mittels Wettbewerbsverfahren – Call for Proposal – vergeben; die Programme Know-How-Transfer-Centre und Entwicklungs- und Unternehmenspartnerschaften nach dem Antragsprinzip.

Für das laufende Programm-Monitoring und die Programmweiterentwicklung zeichnet das Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten, Sektion Entwicklungs- und Ostzusammenarbeit, verantwortlich.

Kontaktinformation

Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten
Sektion Entwicklungs- und Ostzusammenarbeit
Mag. Ingrid Sager
Minoritenplatz 8
1014 Wien, Österreich
Tel.: +43 (0)5 01150-4417
Fax: +43 (0)5 01159-6417
E-Mail: ingrid.sager@bmaa.gv.at

Austrian Development Agency
Länderdesk Südkaukasus
Mag. Michael Schieder
Zelinkagasse 2/7
1010 Wien, Österreich
Tel.: +43 (0)1 90399-538
Fax: +43 (0)1 90399-1538
E-Mail: programme@ada.gv.at